Ausgabe 4
2/2007

wadi NEWS

Zeitschrift für Demokratie und solidarische Zusammenarbeit

Schwerpunkt

Türkei

Zwischen Kemalismus und Islam

- Die Entwicklung des politischen Islam
- Interview: Frauenpartizipation
- Die Türkische Linke
- Graue Wölfe im Schafspelz
- Interview: Die Türkei und die ArmenierInnen

gefördert durch die
Österreichische
Entwicklungszusammenarbeit

Editorial

„Ich bin der Vater der schwulen Türken", war auf youtube.com im März dieses Jahres aus dem Mund Atatürks angeblich zu hören (und zu sehen). Auf diese „Beleidigung" durch einen griechischen User reagierte die türkische Staatsanwaltschaft prompt und ließ vorübergehend den Zugang für youtube im gesamten türkischen Staatsgebiet sperren. Die Beiträge der aktuellen WADI-News befassen sich im Schwerpunkt jedoch nicht mit der Homophobie griechischer Türkei-Hasser bzw. türkischer Nationalisten, sondern mit der Türkei – zwischen Kemalismus und Islam –, wo wir seit Sommer 2007 das Frauenzentrum EPI-DEM in Diyarbakir unterstützen. Damit weiten wir unsere Projektregion auf die Türkei aus, mit der wir uns daher in diesem Heft inhaltlich auseinandersetzen wollen. Auf den knappen 12 Seiten können dies nur Blitzlichter sein, die zum Weiterlesen anregen sollen. Zum Zeitpunkt der Drucklegung dieser WADI-News spitzt sich die Situation in der Türkei, insbesondere an der türkisch-irakischen Grenze, zu. Anschläge und Kämpfe, denen Übergriffe auf KurdInnen folgten, wirken sich bis nach Österreich aus. So kam es Ende Oktober am Rande einer Demonstration türkischer Nationalisten zu Angriffen auf junge KurdInnen. Und die Bedrohung eines türkischen Überfalls auf irakisches Staatsgebiet rückt bereits in den Bereich des Möglichen. Wir hoffen auf eine politische Lösung des Konflikts, alles andere wäre ein Desaster für die Zivilbevölkerung und für eine demokratische Zukunft – auf beiden Seiten der Grenze.

Was die konkrete Arbeit von WADI Österreich betrifft, gibt es, trotz Meinungsverschiedenheiten mit WADI e.V. in Deutschland, gute Nachrichten. So läuft die Kampagne gegen weibliche Genitalverstümmelung (FGM) im Nordirak, die u. a. von der OEZA, dem Weltgebetstag, amnesty international und der Caritas Schweiz finanziert wird, auf vollen Touren. Insgesamt betreuen sechs frauengeführte mobile Teams sämtliche Regionen des Nordirak und informieren dort die Bevölkerung über die katastrophalen Konsequenzen von FGM – und erheben Daten für eine umfangreiche Studie über die Verbreitung dieser „Tradition". Das Community-Radio „Dengî Nwê" in Halabja wurde vor Kurzem als beliebteste Radiostation der Region ausgezeichnet. Und die Frauenzentren in Kifri, Biara und Halabja wachsen und bieten immer mehr Frauen eine Ausbildung oder die Möglichkeit, ganz einfach nur auf einen Tee vorbeizuschauen und dabei ein gutes Buch auszuborgen.

Wir bitte Sie/Euch, liebe LeserInnen, hin und wieder einen Blick auf unsere ständig aktualisierte 7-sprachige Homepage zu werfen (www.wadinet.at) oder unseren (kostenlosen) elektronischen Newsletter zu abonnieren, da wir an dieser Stelle nicht alle WADI-Veranstaltungen und Projekte, Presseaussendungen, Radiosendungen und sonstige Neuigkeiten, anführen können.

Diesmal gibt es zum traditionellen Spendenaufruf nicht nur eine Kontonummer, sondern einen ganz traditionellen Zahlschein – wir hoffen, die eine und der andere findet unsere Arbeit unterstützenswert und will sich an der Fortführung der Projekte in der Türkei, im Irak und in Österreich beteiligen. Herzlichen Dank!

Mary Kreutzer

Impressum: Medieninhaberin, Herausgeberin: WADI Österreich – Verband für Krisenhilfe und solidarische Entwicklungszusammenarbeit, Schottengasse 3a/1/59, 1010 Wien. Tel.: 0699-11365509. wadi.wien@gmx.at, www.wadinet.at. Redaktion: ebendort. Verlagsort: Wien. Herstellungsort: Rankweil. POST BITTE AN: Postfach 105, A-1181 Wien. Herstellerin: ABC-Druck Rankweil. Layout: Erik Fürst. Chefredakteurin: Ines Garnitschnig. Offenlegung nach §25 Medieng.: Das periodische Druckwerk „Wadi-News" ist zu 100 % im Eigentum des Vereins WADI Österreich, der zum Zeitpunkt dieser Offenlegung durch den Vorstand, I. Garnitschnig, T. Schmidinger und M. Kreutzer, vertreten wird. Spendenkonto: Kto.Nr.: 6.955.355, BLZ: 32.000, Raiffeisen Landesbank NÖ, IBAN: AT4432 0000 0006 955355, BIC: (SWIFT) RLNWATWW.

ONE HOPE FOR WOMEN

Ein Frauenförderungsprojekt in Diyarbakir, Osttürkei

In den Slums von Diyarbakir leben Tausende von Menschen, die vor Krieg und Flut geflohen sind. In einem Umfeld von Arbeitslosigkeit und steigender Gewalt leiden Frauen besonders. Abgeschieden von früheren sozialen Netzwerken, der türkischen Sprache nicht mächtig, sind sie vom politischen und sozialen Leben ausgeschlossen. WADI Österreich startete daher in Zusammenarbeit mit dem Frauenzentrum EPI-DEM (Women Education and Psychological Advice Centre) ein Projekt, das sowohl Türkisch- und Alphabetisierungskurse anbietet als auch Frauen in medizinischen, psychologischen und juristischen Fragen unterstützt.

FLUCHT VOR KRIEG UND STAUDAMMPROJEKTEN

Diyarbakir ist eine der größten Städte im Südosten der Türkei und liegt grün und fruchtbar im Zwischenstromland am Ufer des Tigris. Die 1,5-Millionen-Stadt gilt als das religiöse und kulturelle Zentrum der Region. Hier leben ChristInnen der verschiedensten Glaubensrichtungen und MuslimInnen seit Jahrhunderten nebeneinander.

Diyarbakir ist am härtesten von dem jahrzehntelangen Krieg zwischen der Kurdischen Arbeiterpartei PKK und dem türkischen Militär betroffen. Ebenso leidet die Stadt stark unter dem kontinuierlichen Strom an Binnenflüchtlingen und MigrantInnen – meist Menschen, deren Existenz durch die geplanten oder bereits errichteten Staudammprojekte gefährdet ist. Innerhalb weniger Jahre verdoppelte sich die EinwohnerInnenzahl – eine Entwicklung, der die Stadt und ihre StadtplanerInnen nicht gerecht werden konnten. Die Mehrheit der neu Zugewanderten lebt in halblegalen Siedlungen und Slums inner- und außerhalb der Stadtmauern.

Wie so oft leiden Frauen besonders unter diesen harten Bedingungen. Mangelnde oder fehlende Türkischkenntnisse hindern die Frauen, gewinnbringenden Tätigkeiten nachzugehen. Die meisten sind an ihr Haus gebunden, nehmen nicht teil am sozialen Leben der Stadt und sind abgeschieden von dem sozialen Netzwerk ihrer Dörfer, das ihnen Sicherheit und Hilfe bot sowie die Möglichkeit gab, Neuigkeiten zu erfahren. Gleichzeitig sind sie oft traumatisiert von Krieg und Flucht und mit steigender Gewalt innerhalb der Familie konfrontiert.

SELBSTBESTIMMUNG, AUCH ÜBER DEN EIGENEN KÖRPER

WADI Österreich hat daher eine Zusammenarbeit mit EPI-DEM begonnen und das Projekt „One Hope for Women“ initiiert. Finanziert wird das Projekt von der OEZA, der Stadt Wien, dem Land Oberösterreich und dem Weltgebetstag der Frauen. EPI-DEM führte bereits mehrere Untersuchungen über die Auswirkungen von Migration und Konflikt auf die Lokalbevölkerung durch. Ein Team von Psychologinnen, AdministratorInnen und Freiwilligen hat bisher mehr als 1000 Frauen mit Sprachunterricht, ökonomischer Unterstützung und Beratung in juristischen und psychologischen Fragen geholfen. Nun wurde die Tätigkeit von EPI-DEM sowohl inhaltlich als auch geografisch ausgeweitet.

Für das Projekt, dessen Finanzierung wir organisiert haben, haben wir das Iplik-Viertel im Nordosten von Diyarbakir gewählt. Mit ihren mehr als 7000 EinwohnerInnen ist diese Gegend eine der am härtesten betroffenen der Stadt – sowohl wirtschaftlich als auch sozial. Hier siedeln sich vor allem neue MigrantInnen und Binnenflüchtlinge an. Studien von EPI-DEM haben gezeigt, dass die ohnehin schon schlechte Situation von Frauen hier noch dramatischer ist. Frauen haben hier weder Zugang zum öffentlichen Sektor, noch gibt es Möglichkeiten, am sozialen Leben teilzunehmen.

Unsere Projektpartnerinnen vom Frauenzentrum EPI-DEM in Diyarbakir bieten Alphabetisierungs- und Türkischkurse sowie medizinische und psychologische Beratungen für intern vertriebene Frauen.

Das Projekt hat daher zum Ziel, eben diesen Frauen die Möglichkeit zu geben, ein neues Netzwerk aufzubauen und durch Alphabetisierungs- und Türkischkurse zu aktiveren Teilnehmerinnen an der Gesellschaft zu werden. Gleichzeitig werden die Frauen in medizinischen, juristischen und psychologischen Fragen unterstützt.

Das öffentliche Gesundheitssystem ist mangelhaft, private Kliniken sind teuer. Es gibt kein Geld für Medikamente und kaum Wissen über Vorsorge und Empfängnisverhütung. Frauen werden daher in mehreren Seminaren über verschiedene Themen rund um Gesundheit und Vorsorge unterrichtet. Weiters wird ein Schwerpunkt auf Familienplanung und Verhütung gelegt. Denn Frauen aus den ruralen Gegenden der Südosttürkei bekommen im Durchschnitt vier bis fünf Kinder. Die Kindersterblichkeitsrate ist extrem hoch und das Wissen über Verhütung mangelhaft.

Teilziel ist es also auch, Frauen die Möglichkeit zu geben, ihren eigenen Körper kennen zu lernen und die Anzahl ihrer Schwangerschaften mitzubestimmen.

Damit soll das Projekt „One Hope for Women“ einen Beitrag zur Gleichberechtigung der Geschlechter und Stärkung der Stellung der Frauen leisten.

Nerina Weiss *(WADI Österreich) studierte Sozial- und Kulturanthropologie an der Universität Wien und schreibt nun an ihrer Dissertation an der Universität in Oslo. Von 2005 bis 2006 lebte und forschte sie in der Osttürkei, in Dogubayazit.*

NACH DEM KHALIFAT

Die Entwicklung des politischen Islam in der Türkei

In der Ära Atatürk konnte sich der politische Islam als Gegenideologie zum Kemalismus profilieren. Doch es sollte noch einige Zeit vergehen, bis sich islamistische Parteien in der politischen Führungsriege wiederfanden.

DIE EINPARTEIENHERRSCHAFT UND IHRE RELIGIONSPOLITIK

Während des türkischen Befreiungskriegs (1919–1922) spielte der Islam eine wesentliche Rolle als Mobilisierungsmittel. Nach der Gründung der Türkischen Republik 1923 änderte sich die Situation jedoch für viele gläubige Muslime radikal. Mustafa Kemal kehrte der Religion den Rücken und führte eine laizistisch-nationalistische Ideologie ein, die jeden Bereich des gesellschaftlichen Lebens tangierte und so mit dem Erbe des Osmanischen Reiches brechen sollte. In dieser Zeitspanne wurden zahlreiche Reformen durchgesetzt, die zum Teil auf eine besonders drastische Art und Weise religiöse Elemente in der Gesellschaft entfernen sollten. Religion – in diesem Fall der Islam – musste sich auf den privaten Raum beschränken, was einen radikalen Bruch mit den bisher praktizierten Traditionen des Osmanischen Reiches bedeutete. Das Säkularisierungsprogramm Mustafa Kemals war jedoch nicht imstande, alle Teile der Bevölkerung zu integrieren. Der politische Islam kristallisierte sich so als eine Gegenideologie zum Kemalismus heraus.

DIE JAHRE DANACH (1946–1980)

Anno 1946 wurde das Mehrparteiensystem eingeführt. Dieses Jahr wird auch als großer Erfolg für den politischen Islam in der türkischen Republik gefeiert, denn die Abschaffung der Einparteienherrschaft ebnete den Weg für islamische Kräfte auf die politische Bühne. Tatsache ist, dass die Religion in der Türkei nie ganz von der Bildfläche verschwinden konnte. Atatürks Ziel, Religion von Staat zu trennen, wurde nur teilweise erreicht. Ein großer Teil der Bevölkerung, der meist am Land lebte, konnte für diese Denkweise nicht gewonnen werden. Dies zeigte sich in den ersten demokratischen Wahlen 1950. Die Republikanische Volkspartei (CHP) Atatürks wurde von der Demokratischen Partei (DP), die auch islamische Kräfte unter ihrem Dach vereinte, geschlagen. Der Militärputsch von 1960 wurde nicht zuletzt mit dem Argument geführt, den Laizismus zu retten. Erst in den 70er-Jahren erlebten islamistische oder nationalreligiöse Parteien wie die MSP oder die MHP ein Revival.

Diese Dekade war geprägt von zahlreichen politischen Konflikten, Terroranschläge destabilisierten die Situation im Land. Es kam zu Gewaltausbrüchen zwischen sunnitischen und alevitischen Muslimen. Die Welle der Gewalt führte zu einem generellen Misstrauen der Bevölkerung gegenüber der Politik und schließlich zum Militärputsch von 1980. Diesmal reagierte das Militär gegenüber den islamistischen Kräften im Land vergleichsweise tolerant. Der Islam wurde bewusst eingesetzt, um linke Kräfte zurückzudrängen Die vorherrschende Ideologie des dreijährigen Militärregimes zielte auf das Zusammenspiel von Nationalismus und Islam und fand eine gewisse Resonanz in der Bevölkerung. Der Einfluss von religiösen Orden und Bruderschaften nahm zu.

PARLAMENTARISCHER ISLAMISMUS

Als 1983 das Militär einer zivilen Regierung wich – sich jedoch politischen Einfluss sicherte –, gelang es der ANAP-Partei mit Turgut Özal an der Spitze, die Wahlen für sich zu entscheiden. Özal gehörte selbst dem Nayshidany-Orden an. Bis zum Beginn der 90er-Jahre waren die gemäßigten Islamisten damit mächtiger als liberale Kräfte. Orden und Bruderschaften gründeten in diesen Jahren Schulen und Zeitungen und führten Unternehmen. Auch die Liberalisierung des Marktes erleichterte die Islamisierung der Türkei. Viele soziale Leistungen konnten vom Staat nicht finanziert werden. Diese Lücke wurde von islamischen Gruppen gefüllt. So entstand in den 80er-Jahren in den Großstädten eine neue Generation weltlicher, aber auch religiöser Intellektueller.

Anfang der 90er-Jahre kam die islamistische Refah-Partei unter Erbakan an die Macht. Ihre Führung konnte sie bis 1998 aufrechterhalten. Mit dem vom Militär erzwungenen Ende der Regierung 1998 verfolgte man tendenziell eine Eindämmerung der islamis-tischen Bewegung. Schließlich spaltete sich die Nachfolgepartei der Refah-Partei in zwei Flügel: einen religiös-liberalen (die AKP unter Erdogan) und einen strikter islamistischen Flügel (die Saadet Partisi unter Erbakan).

SUNNITISCH-SALAFITISCHE IDEOLOGIE

Neben diesem parlamentarischen Flügel des türkischen Islamismus entstanden jedoch seit den 1970er-Jahren auch außerparlamentarische und bewaffnete islamistische Gruppen – letztere teilweise mit Förderung der Regierung, um diese im Osten gegen kurdische RebellInnen einzusetzen. Dass die Regierung dabei die Kontrolle über die Geister, die sie rief, verlor, zeigte sich spätestens mit den antisemitisch motivierten Anschlägen der IBDA-C („Kämpfer für den islamischen großen Osten“) auf Synagogen in Istanbul im November 2003. Zwar stellen Gruppen wie die Kurdische Hizbullah oder die IBDA-C zahlenmäßig kleine Gruppen dar, mit ihrer strikt antisemitischen sunnitisch-salafitischen Ideologie bilden sie jedoch den extremistischsten Flügel des türkischen Islamismus. Am Höhepunkt ihrer Aktivitäten verfügten die Gruppen über mehrere tausend – teils bewaffnete – AktivistInnen.

AUSBLICK

Politisch bedeutender sind jedoch die legalen Parteien des türkischen politischen Islam. In welche Richtung dabei die Entwicklung geht, ist in der türkischen Öffentlichkeit heftig umstritten. Einerseits wird in der Verfassung das Prinzip des Laizismus aufrechterhalten. Auf der anderen Seite wird die Religion von der AKP-Regierung instrumentalisiert, um die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen in der Türkei zu einen. Obwohl die AKP ihre Wurzeln in islamistischen Strömungen hat, ist es schwierig, sie einfach nur als islamistisch abzustempeln. Bisher verfolgte die Regierung eher einen Europäisierungs- denn einen Islamisierungskurs.

Saya Ahmad *(WADI Österreich), geboren in Kirkuk/Irak, lebt seit 15 Jahren in Österreich. Aufgewachsen in Kärnten, studiert sie seit 2003 Internationale Entwicklung und Arabistik an der Universität Wien.*

GRAUE WÖLFE IM SCHAFSPELZ

Zur Ideologie und Geschichte türkischer FaschistInnen

Die Ermordung des türkisch-armenischen Journalisten Hrant Dink Anfang 2007 durch einen jugendlichen Rechtsextremisten war kein Einzelfall. Die Türkei hat seit Jahrzehnten ein massives Problem mit militanten faschistischen Organisationen, deren Treiben mitunter von höchsten Kreisen des Staates gedeckt wird.

Der türkische Nationalismus entstand Ende des 19. Jahrhunderts nach europäischem Vorbild. Innerhalb der „jungtürkischen" Reformbewegung kursierten sowohl osmanische als auch pan-islamistische und türkisch-nationalistische Ideen. Bedingt durch die Umstände – den unaufhaltsamen Zerfall des Osmanischen Reiches nach der Niederlage im 1. Weltkrieg, der allen Großmachtsträumen ein Ende machte – setzten sich die NationalistInnen durch, und unter ihnen der „pragmatische" Flügel um Mustapha Kemal Atatürk. Die PantürkistInnen oder „TuranistInnen" hingegen wollten sich nicht auf Anatolien bzw. Kleinasien als türkischem Herrschaftsgebiet beschränken. Sie träumten von einem Wiedererstehen des historischen Reiches „Turan": vom Kaspischen Meer bis in die chinesische Provinz Xinjang. Ein früherer Vertreter dieser Ideologie war Enver Pascha, im 1. Weltkrieg türkischer Kriegsminister, später Bandenchef im heutigen Tadschikistan, wo die Rote Armee ihm und seinen turanistischen Fantasien 1922 ein Ende bereitete.

Die KemalistInnen beschränkten sich auf das Machbare – und das war die Gründung der türkischen Republik nach der „Befreiung" Anatoliens, Befreiung sowohl von den alliierten Besatzungsmächten als auch von lästigen „Minderheiten", wie der griechischen und armenischen Bevölkerung einschließlich der Zwangsassimilierung der KurdInnen, die schlicht zu „BergtürkInnen" erklärt wurden.

Bis Ende der 30er-Jahre wurde es dann still um den großtürkischen Nationalismus. Erst als im Juni 1939 mit der Übernahme der Republik Hatay (von Frankreich) wieder eine territoriale Erweiterung des türkischen Staatsgebiets gelang, begannen die NationalistInnen erneut von Expansion im großen Stil zu träumen. Geschürt wurden diese Ideen von Nazi-Deutschland, das die Türkei gerne an seiner Seite im 2. Weltkrieg sehen wollte. Überall entstanden nun, meist von den Nazis finanziert, pro-deutsche und faschistische Vereine. Der wichtigste Vertreter der türkischen Naziphilen war Alparslan Türkeş, der für seine Kriegstreiberei schließlich auch ins Gefängnis musste. Nach dem Ende des Krieges machte Türkeş zuerst Karriere bei der Armee und gehörte 1960 zu den Obersten, die gegen die Regierung Menderes putschten. Ab 1964 begannen Türkeş und seine Anhänger mehr und mehr die „Republikanische Bauern- und Nationalpartei" zu übernehmen, die er 1969, als er ihr Vorsitzender wurde, in „Nationalistische Bewegungspartei" (MHP) umbenannte. Die neue Partei lebte weniger von eigenen Ideen als vielmehr von Feindbildern. Ob die USA oder die UdSSR oder die ethnischen Minderheiten und natürlich die jüdisch-freimaurerische Weltverschwörung: Alle hatten es auf die TürkInnen abgesehen.

In den 70ern war die MHP in mehreren Rechts-Regierungen. Ihre eigentliche „Aufgabe" lag jedoch woanders: im blutigen, mit terroristischen Methoden geführten Kampf gegen ihre GegnerInnen, gegen KommunistInnen und andere Linke, gegen KurdInnen, ArmenierInnen, GriechInnen und JüdInnen. Mehrere tausend politische Morde gehen auf das Konto der Kampfgruppen der „Grauen Wölfe". 1980 beendete ein Militärputsch den bürgerkriegsartigen Zustand, alle Parteien, auch die MHP, wurden verboten. „Unsre Ideen sind an der Macht, unsre Kader aber im Gefängnis", meinte damals der MHP-Funktionär Agah Oktay Güner resignierend. In den 80ern folgten durch den steigenden Einfluss islamistischer Ideen interne Turbulenzen, die auch nach der Wiederzulassung 1987 anhielten und schließlich zu mehreren Abspaltungen führten. 1992 gründeten ehemalige MHP-Kader die islamistisch-faschistische BBP („Große Einheitspartei").

Screenshot der Homepage der Grauen Wölfe in Linz, www.linzulkuocagi.com/index1.html

In den 90ern konnte die MHP allerdings wieder einiges an Boden gewinnen: Chauvinistische Hetze gegen die KurdInnen, ein strammer Anti-EU-Kurs und nicht zuletzt ein teilweiser Verzicht auf allzu militantes Auftreten brachten 1999 bei den Parlamentswahlen das Rekordergebnis von 18,4 % der Stimmen, bei der letzten Wahl immerhin noch über 14 %. Die MHP hat sich auf hohem Niveau stabilisiert.

Noch stärker ist ihr Einfluss bei den „AuslandstürkInnen". In Österreich gehören etwa 50 Vereine zur „Föderation der Türkisch-Demokratischen Ülkücü-Vereine in Europa". Obwohl es immer wieder zu Gewalttaten aus deren Umfeld gegen Linke und/oder KurdInnen kommt, stehen sie nicht unter Beobachtung des Verfassungsschutzes (in Deutschland hingegen seit Mitte der 70er). Durchaus Erwähnung finden die „Grauen Wölfe" hingegen regelmäßig im „Suchtmittelkriminalitäts-Jahresbericht": als „politisch motivierte Tätergruppe" im Heroingroßhandel.

Thomas Rammerstorfer *lebt in Wels und arbeitet als Altenfachbetreuer, er ist Mitarbeiter von WADI Oberösterreich und dem Welser Infoladen.*

Zwischen Berg- und Atatürken
Die Linke in der Türkei

Die Linke in der Türkei hat im 20. Jahrhundert nicht nur die Spaltungen und Richtungskämpfe anderer europäischer und nahöstlicher ArbeiterInnenbewegungen erlebt, sondern sich zusätzlich an Kemalismus und Antikemalismus bzw. an den Fragen der nationalen Minderheiten der Türkei, insbesondere jedoch an der kurdischen Frage, abgearbeitet.

Die Ursprünge der heutigen türkischen Linken gehen – trotz aller Brüche des 20. Jahrhunderts – letztlich auf die Reformbewegungen innerhalb des Osmanischen Reiches zurück. Bereits Ende des 19. Jahrhundert kommt es in kleinen Zirkeln osmanischer Intellektueller zu einer Rezeption liberaler, aber auch marxistischer und anarchistischer Debatten aus Eu-ropa. Das Osmanische Reich, das sich als ebenso europäischer wie islamischer Staat verstand, war keineswegs von den geistigen Strömungen der europäischen Hauptstädte abgeschnitten. Osmanische Adelige studierten in Paris, London oder Wien. Wechselseitige Reisen ermöglichten auch den Kontakt zu europäischer Literatur, Philosophie und politischer Theorie.

Die Einflüsse der europäischen Linken stießen im Osmanischen Reich auf die Bestrebungen der ethnischen bzw. religiösen Minderheiten um Anerkennung und eine Verbesserung ihrer materiellen und politischen Situation. So konnten marxistische Einflüsse insbesondere in der armenischen Bevölkerung Fuß fassen, wo sich ab 1890 mit den Daschnaken (Haj Heghapochakan Dashnakzuzjun) eine marxistisch orientierte Nationalbewegung bildete, die 1907 auch der Sozialistischen Internationale beitrat. Fragen der ethnischen und religiösen Minderheiten und des Verhältnisses von Staat und Religion standen damit bereits am Beginn der türkischen Linken im Osmanischen Reich.

KEMALISMUS

Die Reformen, die die junge türkische Republik nach dem Ende des Osmanischen Reichs unter Mustafa Kemal einläutete und die eine Trennung von Religion und Staat mit sich brachten, wurden von der Mehrheit der frühen türkischen Linken begrüßt. Insbesondere die Unterstützung seitens der Sowjetunion, welche in der Entstehungsphase der türkischen Republik im Kemalismus eine antiimperialistische Bewegung gegen die Besatzungstruppen sah, überzeugte die Mehrheit der türkischen Linken vom fortschrittlichen Charakter des Kemalismus. Dass es sich dabei auch um einen stark ausgeprägten Nationalismus handelte, der für KurdInnen, GriechInnen oder die überlebenden ArmenierInnen wenig Spielräume ließ, wurde nur von einer kleinen Minderheit gesehen. Hingegen wurden kurdische Aufstände, geleitet von traditionellen, oft religiösen Führern, als reaktionär gebrandmarkt.

Bereits 1920 schlossen sich drei linke Gruppen, von der Russischen Oktoberrevolution inspiriert, zu einer türkischen Kommunistischen Partei zusammen. 1921 wurde sie als „Kommunistische Volkspartei“ legalisiert, jedoch wenige Wochen später wieder verboten, wobei über 200 Parteikader verhaftet wurden. Durften sich die Kommunisten noch am sogenannten türkischen „Befreiungskampf“ beteiligen, so stellte sich mit der Etablierung der Republik und der Festigung der Macht Mustafa Kemals – dem später der Ehrentitel Atatürk (Vater der Türken) verliehen wurde – heraus, dass eine eigenständige Linke in seinem politischen System keinen Platz haben würde. Mit dem Verbot aller Oppositionsparteien und der Etablierung der Republikanischen Volkspartei (Cumhuriyet Halk Partisi, CHP) als Einheitspartei war jede legale Aktivität der türkischen Linken außerhalb der CHP unmöglich. Der Kemalismus als autoritäre Reformbewegung trieb dabei nicht nur die Säkularisierung voran, sondern auch eine Form des Staatsfeminismus, der einerseits eine rechtliche Gleichstellung der Frauen etablierte, damit andererseits jedoch v. a. die ökonomische Nutzbarmachung der Frauen für die kapitalistische Modernisierung der Türkei verband. Der entschleierte weibliche Körper als Schlachtfeld der Modernisierung wurde damit auch für den Kemalismus instrumentalisiert. Entschleierung, rechtliche und ökonomische Besserstellung waren nicht Selbstzweck, sondern Symbol und Mittel der Modernisierung.

Trotzdem blieben Teile der fortschrittlichen und insbesondere auch der feministischen Kräfte der Türkei dem Kemalismus verbunden. Spätestens mit der Etablierung eines Mehrparteiensystems und der damit verbundenen Rückkehr der Religiösen in die Politik entwickelte sich innerhalb des Kemalismus jener Flügel der „kemalistischen Linken“, der sich in den 1990er-Jahren in der einstigen kemalistischen Staatspartei CHP und der sozialdemokratischen DSP zusammenfinden sollte.

ANTIKEMALISTISCHE LINKE

Jenseits dieser „kemalistischen Linken“ konnte sich erst 1961 mit der Türkischen Arbeiterpartei (Türkiye İşçi Partisi, TIP) wieder eine legale linke Partei mit einer gewissen Massenbasis bilden. 1965 konnte sie mit drei Prozent 15 Mandate im türkischen Parlament gewinnen. Vor allem unter den urbanen KurdInnen – damals noch als „Bergtürken“ diffamiert – verfügte sie über eine breite Basis, ehe sie im Zuge des Militärputschs von 1971 verboten wurde.

In den 1970er-Jahren entstand schließlich eine ganze Reihe linker und linksradikaler Gruppen in den verschiedensten Regionen der Türkei. Die Unübersichtlichkeit der radikalen Linken resultierte dabei nicht nur in regelmäßigen Spaltungen entlang verschiedener dogmatischer Linien, sondern war auch Resultat unterschiedlicher ideologischer und strategischer Überlegungen. Dabei traten in der Türkei nicht nur die üblichen Spaltungen zwischen TrotzkistInnen, StalinistInnen, MaoistInnen, EnveristInnen oder AnarchistInnen zu Tage, sondern einerseits die Frage des Verhältnisses zu Kemalismus, zur kurdischen Frage bzw. zur Haltung zum türkischen Nationalismus versus der Parteiergreifung für ethnische und religiöse Minderheiten, sowie andererseits die strategische Frage einer Orientierung auf das städtische Proletariat oder auf die verarmte Landbevölkerung. Während sich unter den Minderheiten der ArmenierInnen, AraberInnen oder LazInnen nur kleinere linksnationalistische Strömungen herausbildeten, kamen v. a. unter der kurdischen Bevölkerung starke Gruppen linker Befreiungsbewegungen hinzu.

ZWISCHEN STALIN UND MAO

Unter der türkischen antikemalistischen Linken bildeten sich die maoistischen Gruppen der Devrimci Yol (Revolutionärer Weg), Devrimci Sol (Revolutionäre Linke) und der Türkischen Kommunistischen Partei – Marxisten-Leninisten (TKP-ML) als stärkste Gruppierungen heraus, die jeweils eigene Guerillagruppen unterhielten. All diese Gruppen verfügten und verfügen auch über Organisationsstrukturen in Deutschland und Österreich und wurden – wie die kleineren Gruppen der revolutionären Linken – nach dem Militärputsch von 1980 massiv verfolgt. Viele ihrer Kader wurden 1980 und in den folgenden Jahren verhaftet, systematisch gefoltert und hingerichtet. Vor allem im Falle der Devrimci Sol begünstigte dies eine bereits vorhandene Entwicklung zu einer extremen Abkopplung und Militarisierung der Gruppierung, die bei einer Spaltung der Organisation 1993 zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den beiden Flügeln führte. Selbst in Westeuropa gingen die Angehörigen der Nachfolgeorganisationen DHKP-C und THKP/-C Devrimci Sol teilweise bewaffnet aufeinander los.

Das Atatürk-Mausoleum in Ankara

RÜCKKEHR ZUM PARLAMENTARISMUS

Während DHKP-C und TKP-ML in den letzten Jahren zwar massiv an Einfluss verloren, aber immer noch im Untergrund tätig sind, schloss sich Devrimci Yol 1996 mit anderen Gruppen der antikemalistischen Linken zu einer legalen Partei, der Partei für Freiheit und Solidarität (Özgürlük ve Dayanışma Partisi, ÖDP) zusammen, von der sich jedoch 2001 wiederum die Sozialistische Demokratiepartei (Sosyalist Demokrasi Partisi, SDP) abspaltete, die sich stärker der kurdischen Linken annäherte. Beide Parteien sind im neuen türkischen Parlament mit je einem „unabhängigen" Kandidaten vertreten. Die Kandidaturen dogmatischer Linksparteien, wie der enveristischen – also in der Tradition der ehemaligen Partei der Arbeit Albaniens stehenden – EMEP und der leninistischen neuen TKP, waren jedoch von weniger Erfolg gekrönt. Beide blieben weit von der Erringung eines Mandats entfernt.

KEMALISTISCHE LINKE

Neben dieser antikemalistischen Linken entwickelte sich auch innerhalb der kemalistischen CHP eine sogenannte „kemalistische Linke", die sich v. a. in den 1990er-Jahren in der CHP und der sozialdemokratischen Demokratischen Linkspartei (Demokratik Sol Parti, DSP) organisierte. Mit der Entwicklung der CHP nach rechts unter dem derzeitigen Parteiführer Deniz Baykal verließen viele LinkskemalistInnen die CHP, die sich derzeit v. a. durch ihre Nähe zum säkularen Militär auszeichnet. Als extreme Ausformung des Linkskemalismus könnte die 1992 von Doğu Perinçek gegründete Arbeiterpartei (İşçi Partisi, İP) gesehen werden. Perinçek, einst Mitbegründer der maoistisch inspirierten Arbeiter- und Bauernpartei der Türkei (TİKP), vertritt linkspopulistische Ansätze und einen strikten Antiimperialismus mit einem extremen türkischen Nationalismus, der alle Minderheitenrechte negiert und den Genozid an den ArmenierInnen leugnet. Von vielen anderen nichtkemalistischen Linken wird seine Partei, die bei den letzten Wahlen nur 0,36 Prozent der Stimmen erhielt, jedoch mit ihren Parteimedien sehr stark präsent ist, deshalb nicht mehr als links, sondern als faschistisch betrachtet.

KURDISCHE LINKE

Das Gegenstück dazu bildet die kurdische Linke, die großteils aus der historischen Türkischen Arbeiterpartei (Türkiye İşçi Partisi, TIP) hervorgegangen ist. Unter einer Reihe verschiedener linksnationalistischer kurdischer Gruppen konnte sich nach dem Militärputsch von 1980 die 1978 gegründete Arbeiterpartei Kurdistans (Partiya Karkerên Kurdistan, PKK) als dominierende politische Kraft durchsetzen. Ab 1984 verfügte sie mit den Befreiungskräften Kurdistans (Hêzên Rizgariya Kurdistan, HRK) über eine eigene Guerilla, die in den späten 1980er-Jahren eine Reihe militärischer Erfolge verzeichnen konnte, jedoch durch die Verhaftung von Parteichef Abdullah Öcalan 1999 eine empfindliche Niederlage einstecken musste und sich 2003 in Volkskongress Kurdistan (Kongra Gelê Kurdistan, Kongra-Gel) umbenannte. Im Vorfeld der verbotenen PKK gründete sich eine Reihe von ständig aufs Neue verbotenen legalen Parteien, deren jüngste, die Partei der demokratischen Gesellschaft (Demokratik Toplum Partisi, DTP), über „unabhängige" KandidatInnen bei den letzten Parlamentswahlen Fraktionsstatus erreichen konnte.

OFFENE FRAGEN

Bei aller Unübersichtlichkeit der Linken in der Türkei lassen sich doch zumindest konstante Konfliktlinien erkennen. Das Verhältnis zum Kemalismus, der einerseits gesellschaftliche Reformen insbesondere für die türkischen Frauen mit sich brachte, zugleich jedoch als türkischer Nationalismus keinerlei Raum für andere ethnische und religiöse Gruppen ließ, und damit verbunden die kurdische Frage, bilden Konstanten, an denen sich die Linke in der Türkei immer wieder von verschiedenen Seiten abgearbeitet hat.

Thomas Schmidinger *ist Obmann von WADI Österreich, Vorstandsmitglied des Österreichisch-Irakischen Freundschaftsvereins IRAQUNA, Flüchtlingsbetreuer in Niederösterreich und Lehrbeauftragter am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien.*

INTERNATIONAL

Türkische Offensive im Nordirak – Die türkische Armee bereitet eine Militäroffensive im Norden des Irak vor. Türkische Eliteverbände wurden bereits an die irakische Grenze verlegt, Transportmaschinen der Armee bringen tonnenweise Ausrüstung in die Region. „Wenn es getan werden muss, wird es getan", meinte Ministerpräsident Erdogan während des Wahlkampfes für die Parlamentswahlen im Juli, bei denen seine Partei AKP als klarer Sieger hervorging. Unterdessen nehmen auch die Anschläge im Nordirak zu. Im August kamen beim schwersten Anschlag dieses Jahres mindestens 500 Angehörige der religiösen Minderheit der Yezidi in Tal Asir und Siba ums Leben. Siehe: www.wadinet.at/Media/Presse.php

Deutschland schiebt ab – Irakische Flüchtlinge in Deutschland werden in den Nordirak abgeschoben. Deutschland weigert sich nicht nur, irakische Flüchtlinge aufzunehmen, sondern schiebt auch anerkannte Flüchtlinge in den Nordirak ab. Laut einem Bericht von amnesty ist Deutschland das einzige europäische Land, das den Status anerkannter irakischer Flüchtlinge formell widerruft. Währenddessen fordert die Kampagne gegen Irakabschiebungen in Deutschland einen sofortigen Abschiebestopp für den Nordirak. Sie konnte zunächst einen ersten großen Erfolg erzielen: Die Fluggesellschaft ZOZIK AIR hatte akzeptiert, keine Abschiebungen von irakischen Flüchtlingen in den Nordirak mehr durchzuführen. Doch seit Kurzem schiebt ZOZIK wieder ab. Link: www.planet.antira.info/irak

Spaltung iranischer Kurdenpartei Komala – Nach der Spaltung der KDP-Iran hat sich nun auch die zweite große kurdische Guerillabewegung in Iranisch-Kurdistan gespalten. Im September eskalierten die Auseinandersetzungen in der Komala, der größten linken Partei Iranisch-Kurdistans, so weit, dass nicht nur eine Spaltung der Partei erfolgte, sondern auch im Hauptquartier in der Nähe von Sulemaniya (Irakisch-Kurdistan) bewaffnete Auseinandersetzungen stattfanden, die erst durch die Entwaffnung der Komala-Peshmerga durch die PUK beendet werden konnten. Zurzeit wird überlegt, die beiden Fraktionen zu trennen und für eine der beiden ein neues Camp zu errichten. Bei den Auseinandersetzungen zwischen den zwei Flügeln sind inhaltliche Differenzen nicht auszumachen. Profitieren könnte davon nicht nur das iranische Regime, sondern auch die iranische PKK-Schwesterpartei PJAK.

Ägypten attackiert die freie Presse – Im September wurden vier Herausgeber von Tages- und Wochenzeitungen zu je einem Jahr Haft sowie hohen Geldstrafen verurteilt. Die vier Herausgeber werden beschuldigt, falsche Informationen, welche die öffentliche Ordnung stören, zu veröffentlichen. Bereits 2006 wurde ein umstrittenes Pressegesetz im Parlament verabschiedet, das zu einer weiteren Einschränkung der freien Meinungsäußerung führte. Aus Protest gegen dieses Gesetz stellten damals zahlreiche unabhängige und oppositionelle Zeitungen ihre Publikationen für einen Tag ein. Die anhaltenden Proteste konnten jedoch bis heute nicht viel an der repressiven Situation für die freie Presse ändern.

Kein Ende der Gewalt im Sudan – Nach einem kürzlich veröffentlichten UN-Bericht sind in diesem Jahr bereits mehr als eine Million Menschen auf der Flucht vor Gewaltübergriffen in Darfur. Die gefährliche Sicherheitslage erschwert zunehmend die humanitäre Versorgung der Zivilbevölkerung. Zehntausende Menschen haben keinerlei Zugang zu Hilfsgütern. Im August hatte amnesty international Bilder veröffentlicht, die Waffenlieferungen nach Darfur zeigen und somit bestätigen, dass sich die sudanesische Regierung nicht an das Waffenembargo hält. Inzwischen hat der Sicherheitsrat die Entsendung einer 26.000 Mensch starken UN-/African-Union-(AU-) Friedenstruppe beschlossen. Sie soll die schlecht ausgestatteten und vollkommen überforderten Truppen der AU, die derzeit in Darfur stationiert sind, ablösen.

AUSTRIA

Minarette und Kopftücher – hören nicht auf, die Gemüter von Strache & Hojac zu erhitzen. Unterstützung bekommt das dritte Lager in Österreich jedoch mittlerweile von fast allen Seiten. In der öffentlichen Diskussion um das Bauverbot von neuen Moscheen gesellen sich immer ÖVP-PolitikerInnen zum Kreis jener, die sich von in den Himmel ragenden Minaretten in ihrer katholischen Vorherrschaft bedroht sehen und hinter den Mauern von muslimischen Gebetshäusern gefährliche TerroristInnen vermuten. Eines regen Zulaufes an antiislamischen RassistInnen können sie sich gewiss sein.

MDG's Halbzeitbilanz – Im Juli haben fünf der größten international tätigen Organisationen eine nicht überraschende Zwischenbilanz zu den Millenniums-Entwicklungszielen gezogen. Bis 2015 soll der Anteil der akut armen Menschen von 28 auf 14 Prozent halbiert werden. Nach Angaben der Caritas sind jedoch erst 21 Prozent erreicht worden. Frauen sind von Armut am meisten betroffen: „Noch immer sind sie zwei Drittel jener, die nicht lesen und schreiben können", resümierte die Geschäftsführerin von CARE.

AMARA – ist ein kurdischer Frauenverein in Linz, der Beratungen bei traditionsbedingter Gewalt gegen Frauen durchführt. Viele Frauen leiden aufgrund dieser Gewalt an starken Depressionen. Das Projektziel ist es, über sexuelle, psychische und physische Gewalt zu sprechen und diese anonymisiert sichtbar zu machen. Amara ist Preisträgerin des heurigen Inter-Kultur-Preises. Wir gratulieren!

Aylin Türer: Religionsfreiheit in der Türkei *(VDM Dr. Müller, Saarbrücken 2007)*

Die Bedeutung der Religionsfreiheit steht im Mittelpunkt dieses Buches. Die Analyse der Religionsfreiheit in der Türkei wird hier als weiteres Kriterium in die Diskussion um einen türkischen EU-Beitritt eingebracht. Gleichzeitig gibt die Autorin einen ausführlichen Überblick über die religiösen Strömungen in der Türkei und vor allem über den facettenreichen türkischen Islam. Ein lesenswertes und wissenschaftlich fundiertes Buch zwischen Politik- und Religionswissenschaften.

• • • •

Maryam Taherifard: Sittlichkeit und Sinnlichkeit – *Weibliche Sexualität im Iran (Helmer, Königstein 2007)*

Auf der Basis von Interviews, die Maryam Taherifard im Iran geführt hat, untersucht sie weibliche Sexualität und Körperlichkeit im Iran. Die befragten Mädchen und Frauen aus drei Generationen ermöglichten durch ihre Offenheit ein zeithistorisches Dokument, das den Wandel in der Einstellung zur Sexualität im Iran dokumentiert.

• • • •

Awat Asadi: Der Kurdistan-Irak-Konflikt *(Hans Schiler, Berlin 2007)*

Awat Asadi gibt in dieser umfassenden Studie einen Überblick über die Geschichte Kurdistans, über die politischen AkteurInnen, ihre jeweiligen Interessen und Strategien. Er analysiert, weshalb bislang kein KurdInnenstaat entstehen konnte und der KurdInnen-Konflikt im Irak bisher trotz Autonomie ungelöst blieb. Ein Buch, das sowohl als Einführung in die kurdische Geschichte des 20. Jahrhunderts als auch als Hintergrundinformation zur gegenwärtigen Situation lesbar ist.

• • • •

Öneri

Öneri (Vorschlag) ist eine Monatszeitschrift in türkischer und deutscher Sprache, die von linken türkischen und kurdischen ÖsterreicherInnen herausgegeben wird. Sie ist zusätzlich Diskussionsplattform für MigrantInnen aus der Türkei sowie Kommunikationsplattform zwischen MigrantInnen und „MehrheitsösterreicherInnen" und damit eine der spannendsten Zeitschriften in Wien. www.oeneri.at

FRAUENPARTIZIPATION IN DER TÜRKEI

Frauenrechte nur auf „women's issues" zu reduzieren, ist ein Schritt in die falsche Richtung.

Zeynep Alemdar ist Ass.-Prof. an der Abteilung für Internationale Beziehungen der Okan Universität in Istanbul. Ihre Schwerpunkte sind Zivilgesellschaft, Global Governance sowie Frauen und Politik. Mir ihr sprach Soma Ahmad.

Wie stark ist die feministische Bewegung in der Türkei?
Frauenorganisationen haben in den letzten Jahren an Stärke gewonnen. Einerseits liegt das an der Liberalisierung der Politik in den 1990er-Jahren, die feministischer Arbeit mehr Freiraum gewährt hat. Andererseits öffnete sich der Spielraum für die türkischen Frauenorganisationen nach dem EU-Gipfel in Helsinki, als die Türkei zu einem Beitrittskandidat deklariert wurde, da sich die Frauenorganisationen nun leichter mit ihren (west-)europäischen PartnerInnen vernetzen konnten.

Wie hoch ist die Anzahl der Frauen im Parlament?
Heute sind 46 Frauen im Parlament (bei insgesamt 550 Abgeordneten, Anm.). Nach den Wahlen 2002 gab es nur 21 Repräsentantinnen, nach den Wahlen in diesem Jahr hat sich die Zahl mehr als verdoppelt. Das ist zwar eine große Steigerung, aber die Anzahl der Frauen im Parlament ist immer noch sehr niedrig.

Wie beeinflusst die AKP die Frauenbewegung in der Türkei?
Die AKP und ihre Vorgänger haben erfolgreich Frauengruppen organisiert. Das Organisieren von Frauengruppen und die Tatsache, dass sich immer mehr Frauen am politischen Geschehen beteiligen, ist eine positive Entwicklung. Aber die viel wichtigere Frage ist, wie viel diese zu einer Verbesserung der Frauenrechte beitragen. Ich persönlich habe gehört, dass eine Parlamentarierin der AKP gefordert hat, dass Frauen nur auf lokaler und nicht auf nationaler oder internationaler Ebene politisch aktiv sein sollen. Ihr Verständnis von Frauenpartizipation ist, dass sich Frauen nur zu „Frauenthemen" einbringen sollen, nämlich Familienangelegenheiten, Kinderbetreuung etc., aber die „wichtigeren" Themen sollten die Männer regeln. Wenn man Frauenrechte aber nur auf jene Bereiche reduziert, mit denen Frauen klassischerweise assoziiert werden und sie dabei gleichzeitig von anderen Aspekten des Policy Makings ausschließt, trägt man nicht wirklich etwas Positives zur Frauenbewegung bei.

Welche Änderung wollte die AKP beim Familienstandsrecht durchführen?
Als sich der EU-Beitrittsprozess beschleunigt hatte, setzte sich die EU für die Frauen in der Türkei ein. 2004 hat die AKP vorgeschlagen, Ehebruch zu kriminalisieren, trotz der Proteste der Frauenorganisationen. Die EU war hilfreich, da sie die Regierung unter Druck gesetzt hat, diesen Vorschlag zurückzuziehen. Günter Verheugen, Erweiterungskommissar der EU, hat den türkischen Premierminister und Parteichef der AKP gewarnt, dass dieses Thema die Kampagne für eine Aufnahme in die EU unterminiere. Im September 2004 einigte sich das türkische Parlament auf den Gesetzesentwurf für das Strafgesetzbuch, der von Frauengruppen – auf Initiative von Women's Working Group on the Turkish Penal Code – ausgearbeitet worden ist.

Was bedeutet kemalistischer Feminismus?
Der Kemalismus war die offizielle Staatsideologie in der Türkei seit dem Unabhängigkeitskrieg. Die kemalistische Revolution hat jeden Aspekt des osmanischen Systems abgeschafft, um einen modernen, säkularen türkischen Staat zu gründen. Einige FeministInnen behaupten, dass der Kemalismus nicht alle Aspekte von Gender umfasst.

• • • •

EINE ILLUSION IST GEPLATZT

Der Mord an Hırant Dink und die Situation der ArmenierInnen in der Türkei

Ani Değirmencioğlu, Doktoratsstudentin an der Universität Wien, verfasst ihre Dissertation – basierend hauptsächlich auf armenischen Quellen – über ArmenierInnen aus Istanbul, die den Genozid überlebten. Mit ihr sprach Kıymet Ceviz.

Wie lebten ArmenierInnen im Osmanischen Reich und in welcher Situation befanden sie sich nach 1915, im Zuge der Gründung der türkischen Republik?
Sie lebten als eine von mehreren Millets[1]. Im Millet-System hatten die ArmenierInnen zum Teil mehr Rechte als heute, beispielsweise hatten sie im Osmanischen Reich eine armenische Nationalverfassung und verfügten über eigene Abgeordnete im Parlament. Im Zuge des Genozids wurde über eine Million ArmenierInnen vertrieben und/oder ermordet. Ein Teil der Vertriebenen überlebte. In Istanbul blieben einige ihrer Institutionen (Kirchen, Schulen, Zeitungen etc.) intakt. Wie dies möglich war, ist eine meiner wissenschaftlichen Fragestellungen. Im Zuge des Genozids wurden über 200 armenische Intellektuelle aus Istanbul deportiert – am 24. April 1915, dem heutigen Gedenktag an den Genozid.

Gibt es Fortschritte bezüglich der Diskussionen um den Genozid?
Die Diskussionen in der Türkei sind u. a. wegen der sehr gespannten und stark ideologisierten Atmosphäre sehr dürftig. Es war und ist sehr schwierig, in der Türkei dieser Frage nachzugehen. Deswegen basiert unser heutiges Wissen auf Forschungsarbeiten in den USA und Europa. Zudem konnten außerhalb der Türkei auch ZeitzeugInnen befragt werden.

Von den ca. zehn Millionen ArmenierInnen leben mehr außerhalb als innerhalb Armeniens. Die erste Republik wurde 1918 gegründet, ehe Armenien 1920 eine sowjetische Republik und dann am 21. September 1991 wieder unabhängig wurde. Mit der Türkei hat Armenien bis heute keine diplomatischen Beziehungen, die Landesgrenze ist zu. Offiziell leben ungefähr 60.000 ArmenierInnen in der Türkei, hauptsächlich in Istanbul. ArmenierInnen sprechen Armenisch und haben ein eigenes Alphabet. Sie nahmen das Christentum im Jahre 301 als Volksreligion an und zählen damit zu den ältesten christlichen Nationen der Welt.

Und wie sieht es heute mit politischen Rechten für ArmenierInnen aus?
ArmenierInnen haben Minderheitenrechte, so wie auch die anderen anerkannten Minderheiten in der Türkei. Dazu zählen JüdInnen und GriechInnen, jedoch nicht KurdInnen. Diese Rechte wurden durch das Lausanner Abkommen von 1923 festgelegt. Wir haben aber auf dem Papier mehr Rechte als in der Realität. Sie werden in der Türkei sehr selten ArmenierInnen finden, die wichtige politische Positionen innehaben, auch in der Bürokratie und im Militär finden sich keine ArmenierInnen. Armenische BeamtInnen gibt es nicht. Ähnliches gilt für alle nicht-muslimischen Minderheiten.

Der türkische Staat geht alles andere als zimperlich mit unabhängig denkenden und handelnden Intellektuellen um. Zuletzt wurde der armenische Journalist Hırant Dink ermordet.
Manche Leute in der Türkei haben zwar begriffen, was der Verlust von Hırant Dink für das Land bedeutet, andere haben ihn aber erst nach seiner Ermordung wahrgenommen. So viel ist sicher: Dieser Mord hat für die ArmenierInnen einen anderen Stellenwert als für die Türkei. Er hat, hauptsächlich durch seine Zeitung Agos, sehr viel zur politischen Emanzipation der ArmenierInnen beigetragen. Vor seiner Ermordung hatten wir ArmenierInnen für kurze Zeit die Illusion, dass es in der Türkei möglich ist, sich als ArmenierIn politisch zu emanzipieren. Seine Ermordung zeigt, dass dies nur beschränkt möglich ist. Der Mord war eine Ohrfeige für die Emanzipationsbestrebungen der ArmenierInnen.

Während des Genozids an den ArmenierInnen wurde Van (Osttürkei) dem Erdboden gleichgemacht. Bis heute fehlt am Trümmerfeld jeglicher Hinweis auf die Massaker.

Wie bewertest du die jüngste Aussage des Präsidenten des Türkischen Geschichtsinstituts, Yusuf Halacoğlu, über die Abstammung von KurdInnen und AlevitInnen, dass sie zum Teil ArmenierInnen seien?
Gleich nach seiner Erklärung, wo er die Herkunft der KurdInnen zum Teil als armenisch und zum Teil als turkmenisch bezeichnete, meldete sich der Armenische Patriarch zu Wort und sagte, dass viele KurdInnen oder AlevitInnen oder auch ArmenierInnen selbst wissen, wie gemischt die Zusammensetzung der Bevölkerung im Osten ist, vor allem nach den Zwangsumsiedlungen während des Ersten Weltkriegs. In der Aussage von Halacoğlu stecken rassistische Elemente. Dies wird im Kontext seiner wiederholt getätigten geschichtsverfälschenden Aussagen offensichtlich. Er möchte nicht nur KurdInnen und die kurdische Identität für null und nichtig erklären, sondern versucht nun, aus ArmenierInnen KurdInnen zu machen. Aus seinem Mund ist dies natürlich ein Vorwurf, ein „Fluch". Er will damit die beiden Gruppen gegeneinander aufhetzen.

Kıymet Ceviz ist diplomierte Sozialarbeiterin, MigrantInnen-Beraterin und Mitarbeiterin von WADI Österreich in Wien.

(1) Nationen. Siehe auch„Ummah und Millet. Zum Minderheitenbegriff im Nahen Osten", in WADI-News Ausgabe Nr. 2, 2/2006

Appell an die Österreichische Bundesregierung

zur Anerkennung der irakischen Zivilbevölkerung als Kriegsflüchtlinge

FLÜCHTLINGE AUS DEM IRAK

Zurzeit werden in Österreich zwar relativ viele Asylanträge von irakischen StaatsbürgerInnen positiv abgeschlossen, trotzdem schaffen es die wenigsten IrakerInnen bis nach Europa. Die meisten irakischen Flüchtlinge sitzen in Syrien oder Jordanien fest, viele von ihnen ohne jede Versorgung. Für die EU bestünde die Möglichkeit – wie dies etwa in Schweden praktiziert wird –, die EU-Richtlinie für Massenfluchten zur Anwendung zu bringen, laut der Staaten ohne Einzelfallprüfung Kontingente von Flüchtlingen zumindest vorübergehend aufnehmen können, oder etwa umfangreiche Resettlement-Programme durchzuführen, die zu einer Aufnahme irakischer Flüchtlinge aus Syrien oder Jordanien in der EU führen würden.
Mit dem folgenden Appell an die österreichische Bundesregierung soll eine Änderung der Haltung gegenüber irakischen Flüchtlingen in der EU bewirkt werden, einer EU, aus der in den letzten Jahren sogar abgewiesene AsylwerberInnen aus dem Irak in den Nordirak abgeschoben wurden.

APPELL AN DIE ÖSTERREICHISCHE BUNDESREGIERUNG!

Im Laufe des letzten Jahres hat sich die Situation für die irakische Zivilbevölkerung zwischen Terror, Besatzung und Milizherrschaft massiv verschärft. Über zwei Millionen Irakerinnen und Iraker haben allein im Laufe des vergangenen Jahres das Land als Flüchtlinge verlassen. Dazu kommt mindestens die selbe Zahl intern vertriebener Menschen, die aus Gebieten mit unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen und Religionszugehörigkeiten in „ethnisch gesäuberte Regionen" des Irak geflüchtet sind, um sich der Obhut einer der Milizen zu unterstellen und damit zumindest eine gewisse prekäre Sicherheit für sich in Anspruch nehmen zu können.

Wer sich die Flucht nicht leisten kann, sitzt in der Falle und ist der alltäglichen Gewalt von Milizen und Terrorgruppen religiöser und politischer Fanatiker ausgesetzt. In einer solchen Situation ist die internationale Weltöffentlichkeit, die durch die jahrzehntelange Unterstützung der Diktatur Saddam Husseins und das Versagen beim Wiederaufbau des Landes seit 2003 eine Mitverantwortung für die Situation im Irak trägt, dazu aufgefordert, zu handeln. Der Irak braucht jetzt humanitäre Hilfe, die tatsächlich der Zivilbevölkerung zugute kommt und nicht in die Taschen korrupter Politiker und Milizchefs fließt, und die Irakerinnen und Iraker, die diesem Horror entfliehen wollen, brauchen eine Staatengemeinschaft, die ihre Grenzen nicht verschließt, sondern öffnet.

Wir appellieren deshalb an die Staaten der Europäischen Union, ihre Grenzen für die irakische Zivilbevölkerung zu öffnen und diese als Kriegsflüchtlinge anzuerkennen. Die Österreichische Bundesregierung soll dabei mit gutem Beispiel voran gehen und mit einer Grenzöffnung beginnen und sich zugleich dafür einsetzen, dass andere Staaten der EU diesem Beispiel folgen.

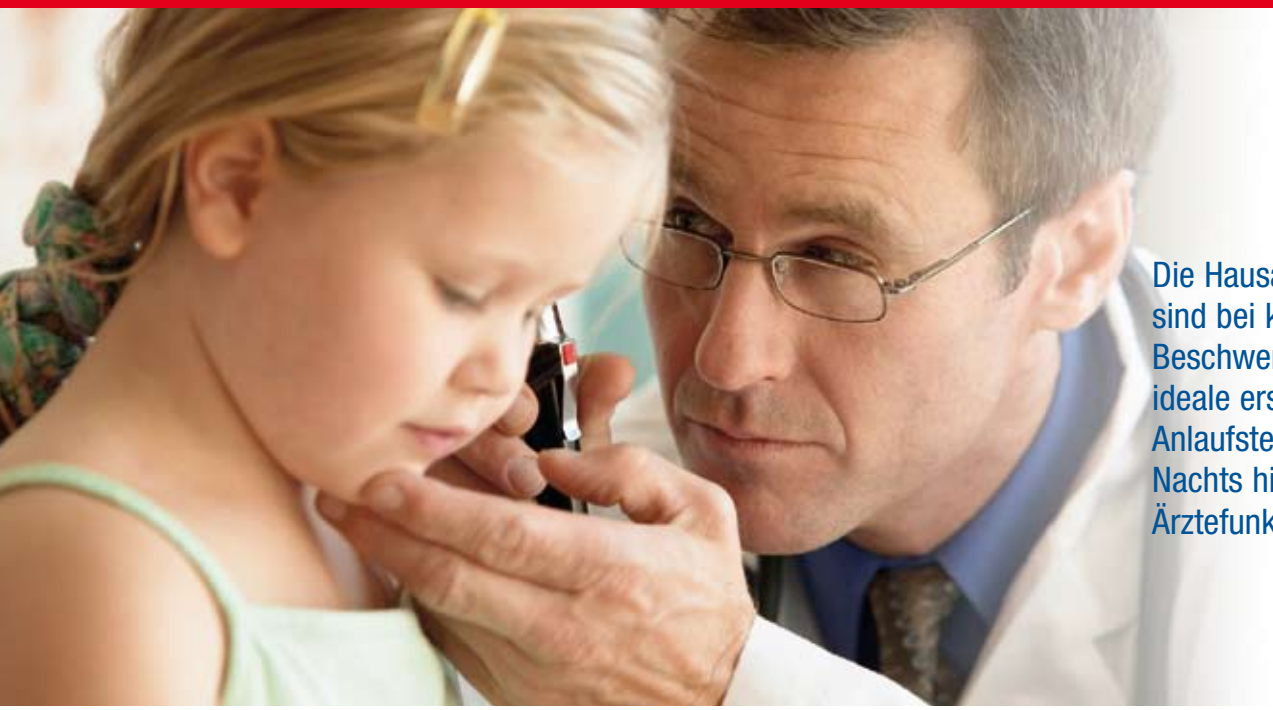
ERSTUNTERZEICHNERiNNEN:

Soma Ahmad, Studentin der Politikwissenschaft und Mitarbeiterin von WADI Österreich. **Riadh Alamir**, Generalsekretär des Österreichisch-Irakischen Verbands für Entwicklung AIAD. **Muhammed Albayati**, Asylwerber. **Alicia Allgäuer**, Diplomsozialarbeiterin und Vorstandsmitglied von WADI Österreich. **Salam al-Attar**, Arbeiter. **Hans Bogenreiter**, Geschäftsführer der Gesellschaft für bedrohte Völker – Österreich. **John Bunzl**, Politikwissenschafter und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Österreichischen Institut für Internationale Politik. **Ibrahim Dakuki**, Professor für Media und Medienstudien. **Jababar Dillaa**, Arbeiter. **Anna Diltsch**, Studentin der Arabistik und Slawistik. **Leo Furtlehner**, Landessprecher der KPÖ – Oberösterreich. **Ines Garnitschnig**, Psychologin und Vorstandsmitglied von WADI Österreich. **Michael Genner**, Obmann von „Asyl in Not". **Heide Hammer**, Philosophin. **Herbert Langthaler**, Ethnologe und Chefredakteur von „Asyl aktuell". **Riem Mahdi**, Vorsitzende des Österreichisch-Irakischen Freundschaftsvereins IRAQUNA. **Stefanie Mayer**, Politikwissenschafterin. **Irene Messinger**, Politikwissenschafterin. **Corinna Milborn**, Autorin und Journalistin. **Mary Kreutzer**, Koordinatorin von ECA-Watch und Vorstandsmitglied von WADI Österreich. **Mohammad Assad Mohammad**, Bauingenieur. **Anton Pelinka**, Professor an der Central European University in Budapest und Leiter des Instituts für Konfliktforschung Wien. **Karl Pfeifer**, Journalist. **Maria Pohn-Weidinger**, Soziologin. **Doron Rabinovici**, Schriftsteller und Historiker. **Badel Rafu**, Dichter und Übersetzer, Graz. **Hawy Abdel Rahman**, Künstler. **Pakiza Rawnduzi**, Technische Assistentin an der Universität Wien. **Fanny Rasul**, Sprecherin der Grünen und Alternativen StudentInnen GRAS. **Thomas Schmidinger**, Politikwissenschafter, Flüchtlingsbetreuer und Obmann von WADI Österreich. **Anna Schubert**, Freie Dienstnehmerin. **Dieter Segert**, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Wien. **Zahra Shubar**, Produkt Designerin, Vorstandsmitglied des Österreichisch-Irakischen Freundschaftsvereins IRAQUNA. **Kasim Talaa**, Schriftsteller. **Thafir Zuin**, Künstler.

Hier können Sie den Aufruf unterzeichnen:
http://www.wadinet.at/Media/Petition/index.php

Erste Hilfe rund um die Uhr

Stadt Wien
Wien ist anders.



Die HausärztInnen sind bei kleinen Beschwerden die ideale erste Anlaufstelle. Nachts hilft der Ärztefunkdienst.

Egal um welche Krankheit es sich handelt, egal zu welcher Stunde: Die ÄrztInnen und SanitäterInnen arbeiten 24 Stunden am Tag, 365 Tage im Jahr zum Wohle der Wienerinnen und Wiener.

Medizin für alle Fälle

Wenn es kein Notfall ist …

Als Marion Kramer ihre 4-jährige Tochter Sophie zu Bett bringt, bemerkt sie ihre glasigen Augen, und auch ihre Stirn scheint zu glühen. Das Fieberthermometer zeigt 37,8 Grad. Für Kinder- oder Hausarzt bzw. -ärztin ist es um diese Zeit viel zu spät, trotzdem gerät die Mutter nicht in Panik, denn sie weiß, in Wien gibt es rund um die Uhr ärztliche Hilfe.

VertrauensärztInnen

Erste Anlaufstelle bei kleinen gesundheitlichen Problemen – erhöhte Temperatur, Hals- oder Ohrenschmerzen, Schürf- oder Schnittwunden – ist untertags Ihr Hausarzt bzw. Ihre Hausärztin sowie FachärztInnen. Das sind die ÄrztInnen Ihres Vertrauens, sie kennen Ihre Krankengeschichte etc.

Ärztefunkdienst

In der Nacht und am Wochenende berät Sie ein Arzt/eine Ärztin bei gesundheitlichen Beschwerden und schickt, wenn nötig, einen Kollegen/eine Kollegin vorbei.
Ärztefunkdienst: Telefon 141
Bereitschaft: Mo–Fr 19–7 Uhr; Sa, So & Feiertag 0–24 Uhr

Ambulanzen

Rund um die Uhr ärztliche Hilfe gibt es in den Ambulanzen der 13 Spitäler der Stadt Wien und in den beiden Unfallkrankenhäusern der AUVA.
www.wienkav.at/kav/ambulanzliste.asp

Krankentransportdienste

Für Transportfahrten zu schon länger vereinbarten Routinekontrollen in ein Spital sind in Wien eigene Krankentransportdienste zuständig.
Arbeiter-Samariter-Bund: Tel. 01/891 45-244
Die Johanniter: Tel. 01/476 00
Malteser Hospitaldienst: Tel. 01/536 35
Rotes Kreuz: Tel. 01/521 44

Rettung unter 144 nur im Notfall

„Zögern Sie nicht, den Notruf 144 zu wählen, wenn es sich um einen Notfall handelt. Aber die Rettung ist kein Taxi mit Blaulicht“, so Gesundheitsstadträtin Sonja Wehsely. „Ein Notfall liegt dann vor, wenn man ärztliche Hilfe akut braucht und das Krankenhaus nicht mehr selbst erreichen kann!“

Fotos: Corbis, www.picturedesk.com, Ärztefunkdienst

Bezahlte Anzeige